

Text der Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung

Geschäftszeichen / Vergabenummer V LDM_20_2

a) Auftraggeberseite

1. Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle:

Bezeichnung: Social Impact gGmbH

Anschrift: Schiffbauergasse 7, 14467 Potsdam

Telefon:

Telefax:

E-Mail: plotz@socialimpact.eu

2. ggf. Anschrift einer anderen Stelle, die den Zuschlag erteilt:

Bezeichnung: Social Impact gGmbH

Anschrift: Schiffbauergasse 7, 14467 Potsdam

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

3. ggf. Anschrift einer anderen Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

Bezeichnung:

Anschrift:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Auftraggeber wird die Stelle unter Nr. 1

Umsatzsteueridentifikationsnummer des Auftraggebers:

b) Art der Vergabe

Öffentliche Ausschreibung

c) Form, in der die Angebote einzureichen sind

☒ Die Angebote sind schriftlich im verschlossenen Umschlag einzureichen.

☐ Die Angebote können elektronisch mit elektronischer Signatur unter der Internetadresse zu den dort genannten Nutzungsbedingungen eingereicht werden.

d) Art und Umfang der Leistung

Die Social Impact gGmbH ist Träger des Projektes Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg im Rahmen der gemeinsamen Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zur Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen im Land Brandenburg durch Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen in der EU-Förderperiode 2014-2020 (Existenzgründungsrichtlinie) vom 22.11.2017 für den Zeitraum vom 01.02.2018 – 31.12.2021 im Land Brandenburg.

Der Lotsendienst hat die Aufgabe, Gründungsinteressierte in der Vorgründungsphase zu unterstützen. Für die Durchführung dieser Leistungen werden externe Leistungserbringer zur Bildung eines Pools externer Existenzgründungsberaterinnen und –berater gesucht.

Ausgeschrieben werden Beratungsleistungen für folgende Teilleistungsbereiche:

- Los 1: Durchführung von Development Centern (im folgenden DC) – 2 bis 4 Tagewerke. Geschätzter Auftragswert 22.500 EUR oder 25 DC-Tage.

- Los 2: Durchführung von qualifizierender Beratung in der Vorgründungsphase (individuelle entsprechend des Bedarfs festzulegende Stundenzahl pro Gründer). Geschätzter Auftragswert 142.500 EUR oder 95 Beratungen á max. 30 Stunden)
- Der Rahmenvertrag ist beschränkt auf die Aufnahme von 25 Beratern für die Durchführung der qualifizierenden Beratungen im Vorgründungsbereich und 10 Beratern/Beratungsunternehmen für die Durchführung von DC's.

Angebote sind zulässig auf eines oder beide Lose.
Ort der Leistungserbringung ist das Land Brandenburg.

sowie Ort der Leistung

(z. B. Empfangs- oder Montagestelle)

Land Brandenburg

e) Teilung in Lose, Umfang und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

- ☐ Nein ☒ Ja, Angebote können abgegeben werden für
- ☐ ein Los ☒ mehrere Lose ☐ alle Lose ☐ Zuschlag je Bieter nur auf ein Los möglich
- ☐ nach Teilaufgaben
- ☐ Teillose

Lose: 2

1 Durchführung von Development Centern

2 Durchführung qualifizierender Beratung

f) Nebenangebote

Nebenangebote sind ☐ zugelassen; ☒ nicht zugelassen.

g) Ausführungsfrist

Liefertermin:

Frist in Monaten: oder Frist in Kalendertagen: oder

Beginn der Ausführungsfrist: **04.01.2021** Ende der Ausführungsfrist: **31.12.2021**

Die Rahmenvereinbarung kann verlängert werden.

h) Vergabeunterlagen

1. Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt, Anforderung spätestens bis: **16.12.2020 12:00 Uhr**

bei: ☒ siehe unter Buchstabe a) Nr.1

oder ggf. von a) abweichende Anschrift ☐

oder

2. Stelle, bei der die Vergabeunterlagen eingesehen werden können ☐ siehe Buchstabe a): Nr.

ggf. von a) abweichende Anschrift ☐ oder

i) Angebots und Bindefrist

Die Angebotsfrist endet am:

Datum: **16.12.2020** Uhrzeit: **12:00**

Die Frist, bis zu deren Ablauf der Bieter an sein Angebot gebunden ist, endet am:

Datum: **03.01.2021** Uhrzeit: **23:59**

j) eine Sicherheitsleistung wird gefordert

☒ Nein. ☐ Ja, in Höhe von % der Auftragssumme.

k) Zahlungsbedingungen

☐ nach § 17 VOL/B, oder folgende Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

☒ Ziff. 9 ZVB-Bbg, Ziff. 17 VOL/B

l) Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen, die vom Auftraggeber u. a. für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers verlangt werden.

1. Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

2. Nachweis über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

3. Nachweis über die (technische und) berufliche Leistungsfähigkeit

- Kurzer Lebenslauf und kurze Darstellung sowie Nachweis der eigenen unternehmerischen Tätigkeit (Leistungsprofil und ggf. besondere Branchenkompetenzen; Belegung der Qualifikation sowie der beruflichen Erfahrungen); bei juristischen Personen ist darüber hinaus der Name der für die betreffende Dienstleistung in Frage kommenden Person zu benennen
- Qualifikationsprofil (Aus- und Weiterbildung) und entsprechende Nachweise des Berufsstandes (Fach- und Unternehmensberater) sowie weiterer Qualifikationen und Zertifizierungen)
- Referenzen über vergleichbare Dienstleistungen aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren zum Nachweis:
 - von Erfahrungen mit Menschen mit Migrationshintergrund (Erfahrungen im Umgang und bei der Ansprache von Migrantinnen und Migranten, Erfahrungen mit arbeitslosen Gründer/innen mit Migrationshintergrund, zielgruppenspezifische Kenntnisse, u.a. von lokalen Initiativen und Netzwerken von Migrantinnen und Migranten)
 - von interkultureller Kompetenz und der Bereitschaft auf die individuellen Bedürfnisse der Gründer und Gründerinnen einzugehen
 - von Kenntnissen der regionalen Wirtschaftsstrukturen
 - ggf. Erfahrung mit Menschen mit Behinderung sowie mit Menschen mit Flüchtlingshintergrund
 - Erfahrung in der Bewertung von Gründungskompetenzen von Existenzgründungen/Fachkenntnisse und Erfahrung in der Durchführung eines DC mit Teilnehmenden mit Migrationshintergrund
- Nachweis von eigenen Erfahrungen in der Gründerberatung
- Nachweis von fachübergreifenden Kenntnissen, einen Gründungsprozess individuell zu begleiten
- Nachweis von Kenntnissen von Fördermöglichkeiten für Gründer/innen mit Migrationshintergrund
- Erklärung der Ausübung der selbständigen Tätigkeit; bei Freiberuflern: Anmeldung beim Finanzamt; bei gewerblicher Tätigkeit: Gewerbeanmeldung; bei Tätigkeiten i. R. e. Gesellschaft: Erklärung über die Eintragung ins Handelsregister
- Erklärung über die zeitliche Verfügbarkeit
- Nachweis der Maßnahmen zur Qualitätssicherung (falls vorhanden)
- bei Nicht-EU-Staatsbürgerschaft Erklärung zum Vorliegen einer unbefristeten Arbeitserlaubnis/Aufenthaltstitel
- Fremdsprachenkenntnisse
- Genderkompetenz.

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

1) Vertragsbedingungen Brandenburgisches Vergabegesetz:

a) Vereinbarung zur Einhaltung des Mindestlohnes nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular 5.5EU)

- b) Vereinbarung zwischen dem Bieter / Auftragnehmer / Nachunternehmen zur Einhaltung der Mindestanforderung nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular 5.6 EU)
- 2) Erklärung zur Vertretung und gesamtschuldnerischen Haftung der Bewerber- / Bietergemeinschaft im Auftragsfall (Formular 4.2 EU).
- 3) Erklärung Unteraufträge / Eignungsleihe (Formular 4.3 EU) nebst Verpflichtungserklärung
- 4) Vertragsbedingungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil B Ausgabe 2009 - VOL/B
- 5) Der Auftrag bzw. das zugrunde liegende Projekt ist mit Fördermitteln finanziert. Es gelten zusätzlich die Bestimmungen und Auflagen des Fördermittelbescheides.
- 6) Konzeptuelle Darstellung für die jeweiligen Lose
- 7) Profil Coach (Formblatt Profil_Coach_Muster)
- 8) Preisblatt Los 1 und/oder Los 2.

m) Kostenersatz für die Vergabeunterlagen

☒ Nein. ☐ Ja: Höhe der Kosten: Zahlungsweise: durch Überweisung.

Empfänger: Kontonummer:

BLZ, Geldinstitut: Verwendungszweck:

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt.
Der eingezahlte Kostenersatz wird nicht erstattet.

n) Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Wirtschaftlichstes Angebot - siehe Vergabeunterlagen -

o) Sonstige Angaben

Die Frauenförderverordnung des Landes Brandenburg findet Anwendung:

Ja X

Nein.

Die Bieterkommunikation wird ausschließlich elektronisch über folgende E-Mail-Adresse abgewickelt: plotz@socialimpact.eu. Die vollständigen Vergabeunterlagen stehen auf der Webseite: <https://potsdam.socialimpactlab.eu/aktuelles> zum Download bereit.

Zusätzliche Angaben:

(1) Die Kommunikation infolge von Bewerber-/Bieterfragen, über sonstige Änderungen etc. erfolgt elektronisch per E-Mail über plotz@socialimpact.eu.

(2) Sollte sich im Vergabeverfahren ein zusätzlicher Informationsbedarf ergeben, der der Bekanntmachungspflicht unterliegt, erfolgt eine entsprechende Berichtigung der Bekanntmachung auf www.bund.de.

(3) Für die Erstellung von Teilnahmeanträgen und Angeboten sind zwingend die vom Auftraggeber auf bund.de in den Vergabeunterlagen sowie auf der Webseite <https://potsdam.socialimpactlab.eu/aktuelles> bereit gestellten Vordrucke/Formulare zu verwenden. Änderungen an diesen Vordrucken/Formularen sind – soweit nicht durch den Auftraggeber zugelassen – unzulässig und führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrages oder Angebots. Im Übrigen gelten die weitergehenden Anforderungen und Konkretisierungen in den Vergabeunterlagen.

(4) Beteiligt sich eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern als Bewerber-/Bietergemeinschaft am Verfahren oder wird auf Kapazitäten und Leistungen Dritter (z. B. Nachunternehmer) zum Nachweis der Eignung oder zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungsanforderungen zurückgegriffen,

sind die Einzelheiten bezüglich der Voraussetzungen sowie den von diesen einzureichenden Nachweisen und Erklärungen den veröffentlichten Vergabeunterlagen zu entnehmen.

(5) Bei der Erarbeitung und Übersendung des Angebotes ist zudem Folgendes zu beachten:

1. Die Bieter haben unter Beachtung des genannten Schlusstermins das Angebot in Schriftform in einem geschlossenen Umschlag mit der Aufschrift "**V LDM_20_2**" (Kennzettel) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen.
2. Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache einzureichen. Bescheinigungen/Nachweise von nicht deutschsprachigen Einrichtungen müssen mit beglaubigter Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden.
3. Es sollen nur die geforderten Erklärungen/Unterlagen/Nachweise dem Angebot beigelegt werden. Von der Übersendung allgemeingültiger Firmenunterlagen, Broschüren, Mappen o. ä. ist bitte abzusehen. Diese werden nicht berücksichtigt.
4. Abgeforderte Nachweise und Urkunden können dem Antrag in Kopie beigelegt werden. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, bei Zweifeln und Bedenken die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen.

(6) Die Angebotsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Es erfolgt keine Entschädigung für die Erstellung einzureichender Unterlagen, des Teilnahmeantrags oder von Angeboten.

Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit
 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.